

Mehr kommunale demokratische Rechte

Mit 275 Tsd. Einwohner:innen ist Eimsbüttel eine Großstadt wie Kiel, hat aber weniger in eigenen Angelegenheiten zu sagen als jede Kleinstgemeinde.

Mehr sozialer Wohnungsbau

+ Bezahlbare Mieten statt fatter Renditen, kein Verkauf von städtischem Boden

Mehr Mitbestimmung für Senior:innen

Mehr Hilfen für ein Altern in Würde.

Mehr Rad,
mehr Bahn

Mehr Gesundheit & Pflege nach tatsächlichem Bedarf

statt nach privatem Profit

Mehr emanzipatorische Frauenpolitik

Mehr geschlechtsbezogene bezirkliche Armuts- und Gesundheitsberichte

Mehr Klima-
Schutz

noch lange nicht fertig

Bericht der
Linksfraktion Eimsbüttel
zur Amtsperiode
2019 - 2024

Die Linke

Fraktion
Eimsbüttel

Liebe Eimsbütteler:innen,

mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen zeigen, was wir als Linksfraktion Eimsbüttel in den letzten fünf Jahren geleistet haben.

Es waren aufregende Zeiten in der Bezirksversammlung Eimsbüttel. Mit Corona, einer geplatzten Koalition und einem großflächigen Krieg in Europa kamen Herausforderungen auf uns zu, die wir uns nicht vorstellen konnten. Aber auch mit alten Problemen beschäftigten wir uns.

Die weiter steigenden Mieten, der knappe Wohnraum, Bildungs- und Gesundheitsfragen und soziale Ungleichheit waren Themen, zu denen wir Antworten auch auf Bezirksebene finden mussten.

Wie wir uns dieser Themen angenommen haben, soll diese Broschüre zeigen.

Aber vorher noch ein kleiner Rückblick:

Die Amtsperiode begann – sehr zögerlich – mit einer grün-schwarzen Koalition, die teilweise spannende Vorhaben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbarte. Geplant war beispielsweise der fahrradgerechte Umbau der Kieler Straße. Ein ambitioniertes Projekt. Doch in der Realität scheiterte es – wie fast alle grün-schwarzen Vorhaben. Ergänzend kam die Nichtwahl von Katja Husen zur Bezirksamtsleiterin und viele gute Initiativen von uns, denen die Grünen folgen wollten, aber wegen der CDU nicht durften.

In der Folge kam es zum Koalitionsbruch und wechselnden Mehrheiten in der Bezirksversammlung. Das eröffnete uns neue Möglichkeiten, von denen unsere LINKEN Vorgänger:innen nur träumen konnten.

Aus der Situation der vorigen Amtsperiode heraus, wo noch alle Oppositions-Anträge rundheraus von den Koalitions-Fraktionen abgelehnt wurden, hatten jetzt viele Anliegen, die wir wechselnd mit den größeren Fraktionen beantragten, eine Chance, politische Mehrheiten zu erhalten.



Mikey Kleinert
Sprecher der Linksfraktion
Eimsbüttel

Allerdings zeigte sich mit fortschreitender Amtsperiode immer mehr ein echtes Demokratie-Defizit. Die neue 'Projektbremse' – unter der alle Fraktionen litten und leiden – ist die minimale Entscheidungsbezugnis der bezirklichen Gremien und eine teilweise fast willkürliche Rechtsauslegung, mit welcher Bezirksverwaltung und Hamburgischer Senat den Vorhaben vor Ort Steine in den Weg legen.

Diese Broschüre umfasst neun unterschiedliche Kapitel, die viele, jedoch nicht alle unserer Initiativen, Anträge und Anfragen der letzten fünf Jahre zeigen.

Insgesamt haben wir bei über 250 Drucksachen allein oder mit anderen Fraktionen mitgewirkt. Dafür möchte ich mich insbesondere bei den Fraktionär:innen der letzten fünf Jahre bedanken:

- **Manuela Pagels**
- **Peter Gutzeit**
- **Lasse Kopetsch**
- **Roland Wiegmann**
- **Kirsten Rautenstrauch**

und dem viel zu früh verstorbenen
➤ **Ralf Peters.**

Außerdem danken wir als Fraktion unseren zubenannten Bürger:innen, die mit uns Inhalte und Positionen erarbeiteten und uns tatkräftig in den Ausschüssen unterstützten.

Vielen Dank und
wir sind noch lange nicht fertig!

Mikey Kleinert
Mikey Kleinert
(Fraktionssprecher)

Howto ... Wie und wo finde ich die Anträge, Anfragen, etc.?

HamburgService – Online-Dienste

hamburg.de

BEZIRKSVERSAMMLUNG EIMSBÜTTEL

Unsere Anträge und Anfragen finden Sie als Drucksachen im Bürger-Informationssystem des Bezirks Eimsbüttel:

<https://bit.ly/buergerinformationssystem-eimsbuettel>

Geben Sie hier die gesuchte Drucksachen-Nummer (Drs.) oder ein Stichwort (Betreff) in die entsprechenden Eingabefelder ein, und Sie erhalten das gesuchte Dokument.



Und natürlich auch auf unserer Website:
www.linksfraktion-eimsbuettel.de

Ein Wort vorab / Vorwort	2 + 3
Howto... Wie und wo finde ich die Anträge, Anfragen, etc.?	4 - 5
Wohnen	6 - 13
Mobilität / Verkehr	14 - 17
Umwelt	18 - 21
Soziales	22 - 25
Kultur / Sport	26 - 29
Gesundheit	30 - 33
Frieden / Antifaschismus / Gedenken	34 - 37
Demokratie im Bezirk	38 - 43
Emanzipation	44 - 45
Fraktion / Bild-Disclaimer / Impressum	46 - 47

Wohnen ist ein Grundrecht!

Das Wohnen und teure Mieten sind in Hamburg das bestimmende Thema.

Für uns als Linksfraktion ist Wohnen besonders wichtig, weil es einen zentralen Platz im Kampf um soziale Gerechtigkeit hat. Die Scholz-Philosophie „Bauen, Bauen, Bauen“ hat allzu offensichtlich versagt.

Wir setzen auf sozial orientierte Instandsetzungen, Sozialwohnungsbau und Aktive Boden-Rückkaufspolitik. Wir fordern: Bezahlbares Wohnen für alle.

Während die wichtigsten Entscheidungen für das Wohnen wohl auf Bundes- oder Landesebene fallen, ist die Bezirksebene teilweise für deren Umsetzung verantwortlich. Zum einen sollen die Bezirke Baugenehmigungen liefern, damit Hamburg seine Zielvorgaben aus dem 'Bündnis für das Wohnen' erfüllt. Zum anderen sind die Bezirke auch für die Überwachung der bestehenden Wohnungen zuständig (Wohnraumschutz).

Für den Hamburger Senat ist das 'Bündnis für das Wohnen' das zentrale Versprechen, den Wohnungsmarkt in den Griff zu bekommen. Doch seit Jahren sehen wir mit jedem neuen Mietenspiegel, dass die Mieten weiter steigen.

Der Bezirk Eimsbüttel soll wegen des Vertrages jedes Jahr 1.250 weitere Wohnungen genehmigen. Die Wohnungswirtschaft verpflichtet sich im Gegenzug dazu, einen Anteil von

35% geförderten Wohnraum zu schaffen.

Die Wohnungsbau-Ziele (d.h. die an den Senat gemeldeten Bau-Genehmigungen - die nicht bedeuten, dass tatsächlich auch gebaut wurde) hat Eimsbüttel mit Ausnahme vom Gesamtjahr 2023 immer eingehalten. 2023 sind nur noch 779 Wohnungen genehmigt worden, wie eine unserer kleinen Anfragen zeigte.

2021 wollten wir die jährliche Unterzeichnung des Vertrags aus dem Bündnis für das Wohnen ohne Anhörung der Bezirksversammlung verhindern ([Drs. 21-2145](#)). Unser Antrag fand in der Bezirksversammlung keine Mehrheit.

Die Zahlen für die Sozialwohnungen, der sogenannte Drittmix, verfehlt die Wohnungswirtschaft und der Senat schon seit Jahren. Zum einen ist nicht jeder Bauherr Bündnispartner in diesem Vertrag - und damit dem Drittmix verpflichtet - und zum anderen gibt es großzügige Ausnahmen. So greift die Drittmix-Regelung erst ab 30 Wohneinheiten eines Bauvorhabens. Im Zweifel bleiben Investor:innen halt einfach unter dieser Marke.

Und der Bezirk hat keine Möglichkeit, den Bau von Sozialwohnungen verpflichtend vorzuschreiben. Das zeigt sich in Eimsbüttel leider deutlich - wie unsere Anfragen zeigen.

Im Gesamtjahr 2022 wurde keine einzige Sozialwohnung im Bezirk genehmigt (Drs. 21-3628), 2023 nur 197 Wohnungen (Drs. 21-4605). Außerdem fielen 2022 ganze 331 Wohnungen und 2023 ganze 305 Wohnungen aus der sozialen Bindung. Ein großes Minus.

Für diese Neubauzahlen schafft das Bezirksamt (nicht die Bezirksversammlung) neues Baurecht und erlaubt Nachverdichtungen, wo es nur möglich ist.

Dem Neubau und der Nachverdichtung fallen regelmäßig günstige Bestandsgebäude zum Opfer. Mit einem Blick in den Mietenspiegel wird das ganz klar ersichtlich. Der Neubau ist wesentlich teurer als der Bestand. Beispielsweise ist die Be-



standsmiete im Eimsbütteler Kerngebiet (gute Wohnlage), für eine Wohnung bis 1960 gebaut, zwischen 10,16 € und 12,82€ je Quadratmeter im Durchschnitt. Der Neubau lag be-

reits vor der aktuellen Baukostenkrise bei 15,27€ im Durchschnitt.

Es geht anders, wie die SAGA regelmäßig zeigt. Zuletzt für Mieten ab 6,90€ in Bramfeld. Dennoch setzt der Senat weiter auf private Bauträger für den Neubau, statt auf den Erhalt günstiger Bestandswohnungen oder günstigen Neubau durch die SAGA. Man darf fragen: Warum wird weiterhin auf private Investor:innen gesetzt, wenn die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft besser wäre? Der Markt regelt Vieles - aber nicht zugunsten der Menschen.

In Eimsbüttel wird gerne auf das falsche Pferd gesetzt, wie die geplante Nachverdichtung im Eidelstedter Eisenbahnviertel zeigte. Hier sollte Baurecht für den Immobiliengiganten Vonovia geschaffen werden, der bekannt ist für Mieterhöhungen und undurchsichtige Nebenkosten-Abrechnungen.

Mit unseren Stimmen scheiterte der für die Nachverdichtung geplante Bbauungsplan durch die Übernahme einer Bürgerinitiative (Drs. 21-2681).

Gescheitert an Senat und Bezirksverwaltung sind wir mit einer anderen Initiative in den Grindelhöfen.

Hier wollten wir durch neues Planungsrecht einem Investor Steine in den Weg legen, der damit warb, dass ein Bestandsgebäude entmietet werden soll (Drs. 21-3465).

Der Investor wird vermutlich in naher Zukunft an diesem Standort nachverdichten und umbauen können.

Auch die Entmietung läuft bereits. Besser vor der Verdrängung wären die Bewohner:innen mit einer sozialen Erhaltungsverordnung geschützt gewesen, die wir bereits 2019 beantragten (Drs. 20-3409).

Diese Initiative wurde von den anderen Fraktionen der Bezirksversammlung abgelehnt, weil die Bezirksverwaltung keinen Bedarf sah. Laut Verwaltung sei die Wohnbevölkerung

sind Ferienwohnungen streng reguliert. Wohnraum darf acht Wochen im ganzen Jahr komplett als Ferienwohnung vermietet werden. Außerdem dürfen 50% der Wohnfläche immer als Ferienwohnung vermietet werden. Dadurch werden klassische Untervermietungen unattraktiver als Ferienwohnungen. Denn wer Wohnraum untervermietet, muss sich in der Regel an die Mietpreisbremse halten. Bei Ferienwohnungen nicht.

In unserer jährlichen Abfrage sehen wir einen rapiden Anstieg von registrierten Ferienwohnungen in Eims-



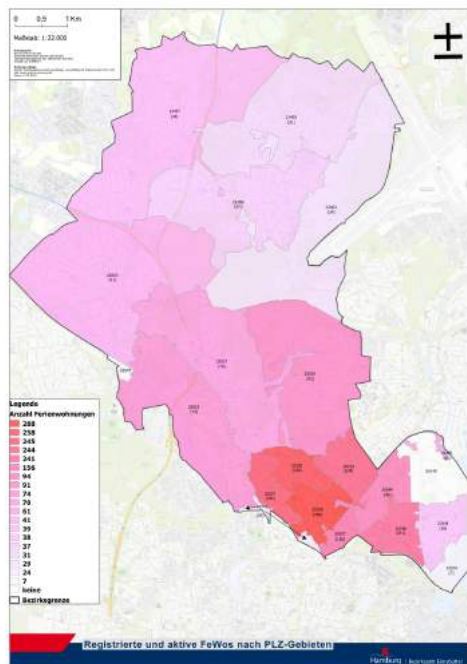
nicht schutzwürdig im Sinne des §172 Abs. 4 BauGB. Unserer Meinung nach eine grobe Fehleinschätzung.

Mitverantwortlich für teure Mieten ist die Zweckentfremdung von Wohnraum. Hier geht es insbesondere um legale und illegale Ferienwohnungen, Verfall und Leerstand. In Hamburg

büttel. Während 2019 nur 1.159 private Ferienwohnungen beim Bezirksamt angemeldet waren (Drs. 21-0556), sind es 2024 sogar 2.069 (Drs. 21-4390). In fünf Jahren gab es also einen Anstieg um fast 80%. Die Dunkelziffer wird noch höher sein, da noch immer Angebote ohne Wohnraumschutznummer im Netz zu finden sind.

2023 wurde die Vermietungsplattform AirBNB zum Freigeben von Daten an die Hamburger Finanzverwaltung gezwungen. Für die Bezirksämter wäre das eine Möglichkeit gewesen, die Daten mit ihren registrierten Ferienwohnungen abzugleichen und Verstöße gegen die Registrierungspflicht zu ahnden. Wie eine kleine Anfrage von uns jedoch zeigte, teilte die Finanzverwaltung keine Daten mit dem Wohnraumschutz. Daher werden einige dieser Vermietungen weiterhin den Bezirksämtern verborgen bleiben (Drs. 21-3797).

Im Zusammenhang mit Ferienwohnungen konnten wir noch eine Lücke



im Wohnraumschutzgesetz aufdecken: Wer seine Wohnungen länger als acht Wochen vermieten möchte, tarnt das als Angebot zur Kurzzeitvermietung. Hier wird möblierter Wohnraum für drei Monate angeboten. Es ist aber auch eine kürzere Mietdauer möglich. Durch diesen Trick können Anbieter:innen ihre Wohnungen deutlich über Mietenspiegel vermieten und fallen durch das monats-weise Angebot nicht unter das Hamburger Wohnraumschutzgesetz, wie unsere Anfrage (Drs. 21-2363) zeigte.

Wir hatten es bereits in der letzten Amtsperiode mit verfallendem und leerstehendem Wohnraum zu tun.

Damals beschäftigten wir uns schon mit der Grindelallee 80 und der Osterstraße 162. Im Fall Grindelallee 80 musste das Gebäude 2018 geräumt werden, da nach Umbauarbeiten der Brandschutz nicht mehr gewährleistet war. Der Eigentümer, Sven Basner, weigerte sich seit Jahren beharrlich, die vom Bezirksamt verhängten Zwangsgelder zu zahlen und die Wohnungen wieder bewohnbar zu machen, wie zahlreiche unserer Anfragen aufzeigten (zuletzt Drs. 21-4312).

Uns war recht früh klar, dass die Zwangsgelder nicht zu einer Wiederherstellung des Wohnraumes führen würden, weil der Eigentümer die zwischenzeitlich 130.000,- € Zwangsgelder schon nicht bezahlte. Daher

forderten wir regelmäßig die Einsetzung eines Treuhänders. Im März 2023 entschied die Bezirksversammlung sich endlich unserer Forderung zu folgen und beschloss die Einsetzung des Treuhänders (Drs. 21-3850).

Mit der Zeit kam heraus, dass das Gebäude verkauft werden sollte. Wegen der noch bestehenden Mietverträge streiten sich jedoch der Noch-Eigentümer Sven Basner und der Käufer vor Gericht über den Kaufpreis.

Leider ist das Bezirksamt dem Beschluss der Bezirksversammlung nicht nachgekommen, und setzt den Treuhänder nicht ein. Als Grund gibt das Bezirksamt unklare Eigentumsverhältnisse an, was wir nicht nachvollziehen können (Drs. 21-3212).

Nach unserer Einschätzung wird das



Bezirksamt nicht tätig, weil es keine Haushaltstitel gibt, aus denen ein Treuhänder überhaupt finanziert werden könnte. Über die Nichteinsetzung beschwerten wir uns offiziell beim Senat (Drs. 21-4411).

Der Ausgang des Gerichtsverfahrens ist unklar, aber der Kauf könnte gänzlich nichtig sein. Daher wollen wir für den Fall eines weiteren Verkaufs ein städtisches Vorkaufsrecht für die Grindelallee 80 schaffen (Drs. 21-4481). Aktuell wird geprüft, ob das möglich ist..Zwischenzeitlich heißt es, das Gebäude werde demnächst zwangsversteigert. Leider gilt eine Versteigerung juristisch nicht als Verkauf, in welchem die Stadt Hamburg ihr Vorkaufsrecht nutzen könnte.

Geerbt aus der vorherigen Amtsperiode haben wir auch den Fall Osterstraße 162. Das Gebäude aus der Mitte des letzten Jahrhunderts verfiel seit Jahrzehnten. 2018 war es dann soweit und das Gebäude musste abgerissen werden.

Das Gebäude liegt in einem Gebiet der Sozialen Erhaltungsverordnung. Diese Verordnung soll die Bevölkerung des Gebiets vor Verdrängung durch Neubau eigentlich schützen. Da der Neubau jedoch wirtschaftlicher war als die Sanierung, durfte das Gebäude abgerissen und neu gebaut werden, wie unsere Anfrage zeigte (Drs. 21-2961).

Später ging der Neubau durch die Presse, da teilweise 36 Euro je QM Wohnfläche gefordert wurden, wo früher der Wohnraum günstig war. Dass ein Gebäude verfallen lassen wird, um entweder die Profite durch die bestehenden Mieten zu maximieren oder die Gebäude abreißen zu können, ist längst kein Einzelfall mehr.

Allein in dieser Amtsperiode beschäftigten uns noch weitere Objekte, in denen der Verfall System hatte. Doch der Wohnraumschutz im Bezirksamt schafft es weder, das zu verhindern, noch zu ahnden, wie unsere Anfragen zur Methfesselstraße 80, Roonstraße 30 oder den Mehrfamilienhäusern Furtweg und An der Lohbek/Grandweg zeigten (Drs. 21-1900, 21-2448, 21-3356, 21-4426).

Dabei sieht das Hamburger Wohnraumschutzgesetz umfangreiche Möglichkeiten zur Abwendung von Leerstand und Verfall vor. Doch die werden durch das Bezirksamt nicht genutzt. Das zeigt sich an den Zwischenvermietungen, die das Hamburger Wohnraumschutzgesetz vorsieht.

Bei Wohnraum, der abgerissen werden soll, kann die Verwaltung bis zum Abriss ein Wohnnutzungsgebot und damit eine Zwischenvermietung anordnen. 2022 wurde das Gebot in 22 Fällen für 85 Wohnungen geprüft, in 2023 in 51 Fällen für 64 Wohnungen. In

keinem einzigen Fall wurde ein Wohnnutzungsgebot angeordnet. In einer unserer Anfragen antwortet die Verwaltung, dass das in vielen Fällen nicht mehr sinnvoll sei, da bereits der Neubau geplant oder der Wohnraum bereits unbenutzbar ist. Dabei stehen regelmäßig Gebäude jahrelang leer, bevor sie abgerissen werden, wie die Gebäude Furtweg 32 oder An der Lohbek/Grandweg zeigen.



Auffällig ist außerdem, dass das Bezirksamt trotz der Feststellung, dass 30-40% des abgebrochenen Wohnraums unbewohnbar sei, in keinem einzigen Fall ein Bußgeld verhängt hat (Drs. 21-3532, 21-4401).

Wir haben versucht, die zögerliche bezirkliche Auslegung des Wohnraumschutzgesetzes zu beschleunigen. Nach unserem Vorschlag sollte das Bezirksamt wesentlich mehr mit Bußgeldern arbeiten, sowie kurzzeitige, möblierte Vermietungen unter

das Wohnraumschutzgesetz subsumieren. Der Antrag fand in der Bezirksversammlung leider keine Mehrheit (Drs. 21-3528).

Es ist unsere Überzeugung, dass Stadtplanung und Städtebau anhand sozialer Kriterien erfolgen müssen. Wir regten deshalb eine stadtentwicklungspolitische Dialogveranstal-



ung im Dezember 2023 mit zweien der wichtigsten Akteure bzw. Ansprechpartner für bezahlbaren Wohnraum in Hamburg an, den SoVD Hamburg (der Sozialverband veröffentlichte Thesen zur Weiterentwicklung des Wohnungsbaus in Hamburg) und den VNW Hamburg (Dachverband der Bau-Genossenschaften) (Drs. 21-4216).

Wir halfen den etwas mehr als hundert Mieter*innen im Kleinen Schäferkamp, die nach Streitigkeiten zwi-

schen Erben der von ihnen bewohnten Wohnungen vor einer unklaren Zukunft standen, wo wir nur konnten. In der Bezirksversammlung stellten wir zusätzlich einen Solidaritätsantrag (Drs. 21-1861).

Bei der Übernahme von Akelius durch Heimstaden war die Zukunft auch ungewiss.

In Eimsbüttel gibt es große Bestände von Heimstaden. Unter anderem in der Wrangelstraße, wo Leerstand und Verfall von Wohnraum offensichtlich waren.

Wir stellten mit unserer Anfrage fest, dass der Name vielleicht ein neuer ist, aber von Heimstaden zu Akelius bleibt im Umgang mit ihren Mieter:innen alles beim Alten (Drs. 21-3563).

Straßenbahn und Tempo 30

Straßenbahnen statt Verbrenner-Autos, Radwege, die zum Fahren aus eigener Kraft einladen, Straßengrün für eine Stadt zum Wohlfühlen

Unser Auftrag als Linksfraktion ist eine Stadt, die für alle Menschen lebenswert ist. Dafür haben wir uns in den letzten fünf Jahren mit vielen verschiedenen Initiativen, Anträgen und Anfragen in die Bezirksversammlung eingebracht.

Aktuell ist unsere Stadt und unser Bezirk immer noch sehr am Auto orientiert. Das merkt man nicht nur am Platz, der dem Auto eingeräumt wird, sondern auch daran, wie mit dem Platz umgegangen wird.

In einem Großteil der Stadt gilt für Autos Tempo 50. Das ist für alle „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer:innen gefährlich. Daher haben wir in zahlreichen Anträgen versucht, **mehr Tempo 30** in der Stadt zu schaffen.

Beispielsweise vor der Max Träger Schule (Drs. 20-3690), gemeinsam mit der CDU, als sie ihren 'Hufeisenbeschluss' in Eimsbüttel noch nicht praktizierte, durch den sie sich später selbst daran hinderte, mit der LINKEN gemeinsam Anträge zu stellen.

Oder auch am Eppendorfer Weg, in der Hagenbeckstraße (nach einem Unfall mit einem Kind), auf dem Heußweg auf dem Straßenzug zwi-

schen Lappenbergsallee und dem Langenfelder Damm (Drs. 21-3720, 21-3637, 21-3874).

Dabei haben wir aber das Große und Ganze nicht aus dem Blick verloren.

Wir haben z.B. eine Initiative unterstützt, welche die Behörden für Inneres und Sport sowie Verkehr und Mobilitätswende aufforderte, aufzuzeigen, wie auf bezirkseigenen Straßen Tempo 30 umsetzbar wäre. Vom Senat kam als Antwort darauf wenig.

Grundsätzlich galt (auch) in dieser Amtsperiode, dass die untere Straßenverkehrsbehörde (die Mobilität noch immer ausschließlich mit dem Auto denkt) Tempo 30-Initiativen Steine in den Weg legte, wo es ihr nur möglich war.

Den ganz großen Wurf haben wir mit der Kieler Straße versucht. Wer die gefährlichste Straße Deutschlands in den letzten Jahren mit dem Fahrrad entlang fuhr, weiß wie erbärmlich der Zustand der Radwege ist, soweit überhaupt vorhanden.

Daher beantragten wir, dass die Kieler Straße für den Fahrradverkehr enorm mit einer 'Protected Bikelane' aufgewertet und der Platz zugunsten Fuß- und Radverkehr neugeordnet wird. Der Antrag scheiterte zwar in der Bezirksversammlung, aber ein wenig später beschloss die Bürgerschaft, die Kieler Straße anzugehen (Drs. 21-2349).

Der Vorgang war ziemlich kurios - auch wenn's eigentlich den traurigen Zustand der schwarz-grünen Eimsbütteler Koalition kennzeichnete. Wir kopierten ein Anliegen aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag und stellten das als Antrag. Schwarz-Grün stimmte dagegen - obwohl es ihr eigenes Anliegen war, nur weil der Antrag von der LINKEN kam. Das nennt man wohl Realsatire.

Auch den Fußverkehr hatten wir im Blick. Dem beklagenswerten Zustand von Gehwegen haben wir versucht mit einer Reihe von Anträgen zu be-



gegen. Als Beispiele dafür seien die von uns angestoßene Sanierung zwischen Behrmannplatz und Siemersplatz oder die Entfernung einer Stolperfalle im Eppendorfer Weg genannt (Drs. 21-2931, 21-2595).

In der letzten Amtsperiode lagen vermehrt E-Scooter auf den Fußwegen

des Bezirks herum. Daher haben wir uns in der Bezirksversammlung für eine Regulierung dieses neuen Phänomens eingesetzt. Unser erfolgreicher Antrag forderte u.a. eine Änderung im Hamburgischen Wegegesetz und verpflichtende Abstellzonen für E-Scooter. (Drs. 21-3254)

Eine weitere innovative Initiative mit der Prüfung einer regensensiblen Ampelschaltungen im Bezirk unterstützten wir gern. (Drs. 21-0969)

Außerdem forderten wir ein Modellprojekt für das Aufladen von E-Bikes

an geeigneten Standorten im Bezirk. Dieser Antrag fand leider keine Mehrheit in der Bezirksversammlung. (Drs. 21-2607)

Auch vermeintlich kleine Dinge sind es wert, aufgegriffen zu werden. Eine Stolperfalle am Eppendorfer Weg 62 musste beseitigt werden.

Gegen den vehementen Widerstand der SPD ist unser Antrag dann doch mithilfe der anderen Parteien angenommen worden (Drs. 21-2595).

Die Umlaufzeiten der Ampel für Zufußgehende und Radfahrende an der (Fahrradstraße) Tornquistsstraße /

„Tempo 30 für den Eppendorfer Weg“. Wir schrieben einen offenen Brief an Senator Andy Grote mit der Bitte, endlich Tempo 30 im Eppendorfer Weg umzusetzen.

Nach jahrelangem Verschleppen eines Antrages der Linksfraktion, erregte



Schulweg sind an den Umlaufzeiten der davor- und dahinterliegenden Ampelanlagen im Ring 2 geschaltet. Sie sind für die im Stadtteil wohnenden Menschen zu lang! Dadurch kommt es immer wieder zu regelwidrigen Querungen von Zufußgehenden und Radfahrenden.

Wir stellten den Antrag, an der Ampelanlage Tornquiststraße verkürzte Umlaufzeiten zu schalten und damit fuß- und radverkehrsfreundlichere Verhältnissen zu schaffen (Drs. 21-4687).

Dann gibt es wieder „Unendliche Geschichten“. Eine davon ist das Thema

dieser Offene Brief ein Beben in der Hamburger Presse. Grote sah sich dann gezwungen, Strategie und Datum der Umsetzung der Verkehrsberuhigung anzukündigen.

Vor allem muss es darum gehen, den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen, damit das Umsteigen vom Auto leichter fällt. Wir fordern eine moderne, schienen-ungebundene Straßenbahn auf der Linie des 5er Busses vom Hauptbahnhof bis zum Roman Zeller Platz, statt der gigantischen Fehlplanung U5.

Klimaschutz muss konsequent und sozial gerecht sein

In Zeiten, in denen das Überschreiten der 1,5°C-Grenze immer sicherer wird und damit wichtige Kipppunkte unseres Öko- und Klimasystems erfolgen werden, ist Umwelt- und Klimaschutz ein zentrales Thema unserer LINKEN Politik.

Nicht zuletzt auf Bezirksebene werden in den Ausschüssen Entscheidungen getroffen, die direkten Einfluss auf die Eingriffe des Menschen in seine Umwelt haben, sei es z.B. das Fällen und Pflanzen von Bäumen, der Gewässer- und Hochwasserschutz, die Begrünung und Schaffung von Naherholungsflächen oder das Thema Boden-Ver- oder Entsiegelung.

All diese Themen werden in Eimsbüttel im Ausschuss für Grün, Nachhaltigkeit, Umwelt, Verbraucherschutz, Wirtschaft & Digitalisierung (kurz: GNUVWDi) behandelt. Hier konnte die Fraktion DIE LINKE zeigen, dass das Soziale untrennbar mit dem Klima- und Umweltschutz verbunden ist und ein Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik nur im Einklang mit einer sozialen Transformation möglich ist.

So konnten wir mit einer Anfrage den schleppenden Umbau der Wärme- und Energieversorgung, Stichwort Fernwärme und Heizungsgesetz, seitens der Verwaltung öffentlich machen ([Drs. 21-4086](#)).

Dem Thema Flächen-Versiegelung widmete sich die Fraktion mit mehreren Anträgen. Hier ist insbesondere

die Causa 'Schottergärten' zu nennen. Die auch vom NABU und anderen Umweltschützer:innen kritisierten Kies- oder Schottergärten erfreuen sich leider zunehmender Beliebtheit, auch in Eimsbüttel. Diese Gartenform hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Artenvielfalt und den Pflanzenreichtum in der Stadt, sondern wirkt sich auch negativ auf das Mikroklima aus und trägt unnötig zur Aufheizung des Stadtraums bei. Mit dem Antrag „Verschotterung



stoppen“, der einen weitestgehenden Ausschluss solcher Gärten bei der Erteilung von Baugenehmigungen zugunsten ökologisch höherwertiger Varianten fordert, konnte die Linke einen erfolgreichen Beitrag zur Bezirkspolitik leisten ([Drs. 21-2911](#)).

Mit dem Antrag „Geburts- und Hochzeitsbäume für Eimsbüttel“ forderten wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion eine ökologisch wertvolle und kultu-

rell tief verwurzelte Möglichkeit, entsprechende Lebensereignisse mit einer Baumpflanzung zu feiern. Überraschenderweise scheiterte das Vorhaben ausgerechnet an den Stimmen der Grünen (Drs. 21-2501). Darüber hinaus hat sich unsere Fraktion mittels diverser Anträge zu Grün- und Naherholungsflächen stets für das Stadtgrün eingesetzt, welches u.a. auch die Gestaltungsmöglichkeit durch Bürger:innen mit einbezieht.

Nicht nur Menschen leiden unter der zunehmenden Hitze. Auch die Fische z.B. im Isebek-Kanal, litten im letzten Sommer massiv. In mehreren Kanälen und Teichen wurden vermehrt verendete Fische gefunden. Wir fragten nach den Ursachen (Drs. 21-4173).

Schließlich sind noch einige Engagements zu Gesundheitsrisiken zu nennen, z.B. die Anträge „Gesundheitsgefahr durch Legionellen im Bezirk?“, (Drs. 21-1413), oder „Stopp der Glyphosatspritzung durch die HHA in Eimsbüttel“ (Drs. 21-1233).

In Zeiten des menschengemachten Klimawandels führt auch die Ausbreitung sogenannter „Schottergärten“ - manche sagen auch „Gärten des Grauens“ - zu einer messbaren Erhitzung der Umgebung. Nach Hamburger Bauordnung sind diese eigentlich gar nicht zulässig. Aber wer kontrolliert eigentlich wie regelmäßig, wo evtl. wieder Schottergärten entstanden sind? Wir fragten bei der Verwal-

tung nach und bekamen zur Antwort, dass diese nur „stichprobenartig“ (also wohl eher gar nicht bis selbstenst) Kontrollen durchführe (Drs. 21-4180, 21-2911).

Tatsächlich ist es immer wieder überraschend, wie wenig Umweltbewusstsein nach wie vor verbreitet ist. Das westlich der Autobahn gelegene Teilstück der Eidelstedter Feldmark ist eigentlich ein Landschaftsschutzgebiet. Bis vor wenigen Jahren brüteten dort noch die gefährdeten Kiebitze. Mittlerweile sind die aber nicht mehr dort. Viel zu viele Hundebesitzer:innen haben sich das Gelände zum Hundeauslauf deklariert. Seit Jahren kursieren die verschiedensten Vorschläge, wie die verschiedensten Interessen an der Fläche zukünftig am besten miteinander vereinbart werden könnten. Wir fragten erst einmal die Eigentumsverhältnisse und Schutzstati der ca. 36 Flurstücke ab (Drs. 21-3116).

Unser Antrag „Lärmschutzmaßnahme zwischen Fruchtallee und Wehbers Park“ (Rosa Luxemburg-Garten) (Drs. 21-0776) ist geradezu ein Paradebeispiel für die Mühen der Ebene im Parlament und das zarte Pflänzchen demokratischer Mitbestimmung im Bezirk.

Nachdem unser Antrag in mehreren Ausschuss-Sitzungen diskutiert wurde, andere Fraktionen Alternativanträge (bei weitgehender Übernahme unseres Antrages) stellten und mehrheitlich beschlossen, beendete die Verwaltung mit einem einzigen Fe-

derstrich unseren demokratisch gefassten, parlamentarischen Beschluss (Drs. 21-2062).

Dieser besondere Vorgang spiegelt die dreiste Missachtung eines mehrheitlichen Beschlusses der Bezirksversammlung. Dieses Verhalten

der Flora und Fauna im Bezirk gegen teilweise massive Widerstände vermeintlich grüner und/oder konservativer Parteien umsetzen bzw. mitgestalten. Kritisch einzuordnen ist jedoch, dass wir von einem sozial-ökologischen Umbau noch weit entfernt sind und diese Mammutaufga-



könnten wir auch im Kapitel Demokratie-Defizite aufführen..

Insgesamt konnten wir als Linksfraktion eine Reihe von Projekten und Maßnahmen zum Wohle der Bürger,

be nur mit breiten Bündnissen und gesamtgesellschaftlicher Beteiligung möglich ist.

Den Blick auf das Wesentliche: Unsere Kleinsten



Der lange Name des Ausschusses deutet es schon an: „Ausschuss für Soziales, Seniorenangelegenheiten, Arbeit, Integration, Bildung, Gesundheit, Gleichstellung, Straffälligen und Gerichtshilfe“. Sehr viele Themen fordern Aufmerksamkeit und die einzelnen Aufgabenbereiche sind komplex und umfangreich.

Uns als LINKE liegen soziale Themen besonders am Herzen. In dieser Amtsperiode haben wir uns insbesondere mit dem Phänomen des Kita-Sterbens im Kerngebiet von Eimsbüttel auseinandergesetzt – eigentlich ein ungewöhnliches Phänomen in einer wachsenden Großstadt.

Doch die hohen Mieten treiben Familien und Kitas an den Stadtrand. Hinzu kommt der Mangel an Fachkräften. Auch sind Kitas, wie beispielsweise die Kindervilla, vom Platzmangel im Kerngebiet betroffen – oder auch davon, dass die Vermieter:in – in diesem Fall die Kirche – vermutlich mit den eigenen Räumen mit anderen Mietern oder in Eigenverwendung finanziell lukrativer da steht.

Eine unserer Initiativen bestand darin, eine neue Heimat für die Kindervilla zu finden (Drs. 21-3326, 21-2656). Dem Kita-Notstand haben wir uns ebenfalls mit einem Antrag gewidmet (Drs. 21-4305).

Die Finanzierung spielt bei diesen Themen eine große Rolle. In der Regel leiden die Ärmsten am meisten unter diesen Problemen.

Im Rahmen der Bezirksversammlung gibt es jedoch nur begrenzte Möglichkeiten, große Gerechtigkeitsfragen anzugehen.

Trotzdem haben wir viele kleine Initiativen für ein gerechteres Aufwachsen von Kindern angestoßen und unterstützt.

Besonders erwähnen möchten wir unseren Antrag, Kindern kostenlosen Eintritt in städtische Schwimmbäder zu ermöglichen (Drs. 21-2146), für eine angemessene Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit (Drs. 21-0989) und unseren Antrag, der 'Urlaub' für zuhause gebliebene Kinder in der Ferienzeit ermöglichen soll (Drs. 21-3962).



Die Unterfinanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit haben wir mit einer interfraktionellen Initiative in einem Antrag adressiert (Drs. 21-1630).

Viele Menschen ärgern sich über die mangelnde Infrastruktur. In unserer Amtsperiode mussten wir die Schließung der Postfilialen in der Schlüterstraße und in der Hoheluftchaussee 26 hinnehmen. Dies ist kein Einzelfall mehr, da es kaum noch Postfilialen vor Ort gibt. In der parlamentarischen Diskussion wurde uns von konservativer Seite „sozialistische Ideologie“ vorgeworfen, wo es uns nur um Infrastruktur ging, und der Sprecher übersah, dass die Ursache des Problems seine eigene Ideologie des alles regelnden Marktes ist. Wir stellten einen Antrag zum Erhalt der Postfiliale in der Hoheluftchaussee (Drs. 21-1434).

Gerechtigkeit umfasst auch die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen. Zur Unterstützung der Bezirksversammlung gab es in dieser Amtszeit zum ersten Mal einen ehrenamtlichen Inklusionsbeirat, ähnlich dem Seniorenbeirat. Ehrenamtliche Tätigkeit kostet auch Geld. Bisher erhalten aktive Mitglieder beider Beiräte kein Sitzungsgeld. Auf unseren Antrag hin beschloss die Bezirksversammlung, dass die Beiräte Sitzungsgelder erhalten sollen (Drs. 21-4315).

Überfraktionell beschloss die Bezirksversammlung außerdem, öffentliche Gebäude und einzelne Straßen mit taktilen Systemen auszustatten (Drs. 21-3763).

Senior:innen
Im Alter wird es schwieriger, soziale

Kontakte aufrecht zu erhalten oder gar neue zu knüpfen. Umso wichtiger ist es, dass die Gesellschaft flächendeckend Möglichkeiten des Austausches und der Geselligkeit vorzuhalten. Ein großes Problem für viele unserer Senior:innen ist dabei die Mobilität. Um zunächst überhaupt einen Überblick über das Angebot an Senior:innen-Treffs in Eimsbüttel zu bekommen, stellten wir die Anfrage „Senior:innentreffs und Senior:innen-gruppen im Bezirk Eimsbüttel“.

Mobilität
muss man sich auch leisten können.

Alle Jahre wieder erhöht der HVV seine Preise. Das finden wir nicht nur aus ökologischen Gründen nicht richtig. Für manche Eimsbütteler:innen sind HVV-Tickets ein echter Luxus, eine Fahrt von Schnelsen ins Kerngebiet nur selten leistbar. Darum beantragen wir regelmäßig eine Protestnote der Bezirksversammlung gegen die jährliche Verteuerung, unter anderem mit diesem Antrag „Geplante Tarifierhebung des HVV zum 01. Jan. 2023“ (Drs. 21-3456)..

Öffentliche Toiletten im Bezirk
Auch ein Problem vieler Senior:innen – aber auch vieler anderer Eimsbütteler:innen von „Ganz-Klein“ bis „Ganz-Groß“: Die absolut dürftige Ausstattung des Bezirks mit öffentlichen Toiletten. Egal, ob die lieben Kleinen auf den Spielplätzen, Jogger:innen, Flanierende oder Einkäufer:innen – sie alle müssen sich heute notgedrungen sprichwörtlich in die

Büsche schlagen.
Es ist erstaunlich und deprimierend, mit welcher Varianz an Begründungen die verschiedenen Ämter der Stadt Hamburg entweder die Verantwortung von sich weisen, oder einen bunten Strauß an



Begründungen bringen, warum genau an dieser oder jener Stelle die Installation einer öffentlichen Toilette angeblich nicht möglich ist. (Drs. 21-2991, 21-2886, 21-3985, 21-2631)

Mitte 2019 stellte die AWO Hamburg den Betrieb des Seniorenzentrums Hagenbeckstraße 12 im Stadtteil Stellingen ein. Grund für diesen Schritt war der anhaltende Mangel an examinierten Pflegefachkräften. Wir fragten nach, was daraus denn jetzt wird. (Drs. 21-3665).

Geradezu ein klassischer Dauerzustand ist die Unterfinanzierung der OKJA, Rahmenzuweisung Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und sozialräumliche Angebotsentwicklung. Unser eigener Antrag, der Bezirksamtsleiter möge sich gemeinsam mit den

Fachämtern der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe bei der Finanzbehörde dafür einzusetzen, die Stellenpläne an den realen Bedarf anzupassen und die finanziellen Rahmenzuweisungen zu erhöhen, (Drs. 21-0989) führte zu einem interfraktionellen Antrag, diese Situation zu beenden (Drs. 21-1630).

Hitzesommer werden offenbar zur Regel. Der Zugang zu Trinkwasser im öffentlichen Raum ist in Hamburg sehr eingeschränkt. Häufig bieten sanitäre Einrichtungen die einzige Möglichkeit, an sauberes und trinkbares Wasser zu gelangen. Gerade in den Sommermonaten, die in den letzten Jahren besonders heiß waren, ist dies nicht nur äußerst bedauerlich, sondern auch gesundheitsgefährdend. Da wird die Verfügbarkeit von Trinkwasser im öffentlichen Raum nicht nur für Obdachlose zur Notwendigkeit. Auch alle Anderen, wissen in Hitzeperioden ein flächendeckendes Angebot von Trinkbrunnen zu schätzen. Wir beteiligten uns an einem Antrag, einen Sachverständigen von Hamburg Wasser in den zuständigen Ausschuss einzuladen, um über Möglichkeiten und Kosten der Einrichtung von öffentlichen Trinkbrunnen an zentralen und belebten Plätzen in Eimsbüttel zu berichten (Drs. 21-0134)..

Für einen lebenswerten Bezirk

Öffentliche Tanzflächen, Bewegungsinseln, Trinkbrunnen, Toiletten, Bahnradsport, Stadtteilkultur, Corona-Hilfen - die Themen sind breit gefächert.

Im Sportbereich geht es darum, das Vereinsleben zu fördern und infrastrukturelle Verbesserungen voranzutreiben. Ebenso werden Anträge und Fragen zu aktuellen Themen wie der Sanierung von Sportstätten und der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die Planung von Sportanlagen behandelt.

Bei der Freizeitgestaltung im Bezirk geht es z.B. um Vorschläge zur Schaffung von Bewegungsinseln, der Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und der Sicherheit von Spielplätzen.

Im Kulturbereich werden Anträge auf finanzielle Unterstützung von Kulturzentren sowie Maßnahmen zur Erhaltung und Weiterentwicklung kultureller Einrichtungen vorgestellt. Anträge für die Vergabe von Sondermitteln wurden präsentiert, die darauf abzielen, kulturelle Veranstaltungen zu unterstützen und gemeinnützige Einrichtungen zu renovieren und zu modernisieren.

Sport:

1. Tag der Vereine: Während die Covid-19-Pandemie das Vereinsleben stark beeinträchtigte, haben viele Vereine dennoch positiv agiert. Ein "Tag der Vereine" wurde geplant, um das Vereinsleben zu fördern und besondere Leistungen während der Pandemie zu würdigen.

2. Kleine Anfrage zur Skateanlage Steinwiesenweg: Das Projekt für eine Skateanlage wird vorläufig aufgegeben, aber alternative Realisierungsmöglichkeiten werden geprüft (Drs. 21-3571)..

3. Projekt Sportpark Steinwiesenweg: Unterstützung für den Bau eines Sportparks, der eine Vielzahl von Sport- und Freizeitmöglichkeiten bieten soll (Drs. 21-3498).

4. Antrag zur Vorstellung des Projekts zur Erweiterung des Trainings- und Leistungszentrums vom FC St. Pauli: Es wird um Informationen und Transparenz bezüglich des Projekts zur Erweiterung des Trainings- und Leistungszentrums vom FC St. Pauli gebeten (Drs. 21-3780).

Freizeit:

1. Trinkbrunnen im öffentlichen Raum: Installation von Trinkbrunnen, die den Zugang zu sauberem Wasser für alle gewährleisten und gleichzeitig umweltfreundlich sind (Drs. 21-0326).

2. Menschengerechte Umgestaltung der Julius-Vosseler-Straße: Verkehrsberuhigung und Neuordnung zugunsten von Fußgängern und Radfahrern zur Verbesserung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität (Drs. 21-1475).

3. Beseitigung von Graffiti, Tags und Schäden an Parkbänken: Zeitnahe Sanierung von beschädigten Parkbänken und Einsatz von Anti-Graffiti-

Schutzsystemen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität (Drs. 21-1206).

4. Unser Antrag auf Einrichtung einer Bewegungsinsel im Isepark / Sondermittel für die Einrichtung einer Bewegungsinsel im Isepark zur Deckung des Bedarfs an Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum wurde leider abgelehnt (Drs. 21-1608). Für unseren Antrag „Bewegungsinsel im Grünzug des Isebekkanals“ dagegen fanden wir eine Mehrheit: „Einrichtung einer Bewegungsinsel im Bereich des Grünzugs des Isebekkanals mit inklusiver Gestaltung und Bürgerbeteiligung“ wurde beschlossen (Drs. 21-3424).

5. Nutzung des ParkSport-Fonds für Bewegungsinseln in Eimsbüttel: Unterstützung des Baus weiterer Bewegungsinseln in Eimsbüttel zur Stärkung der Bewegungsmöglichkeiten (Drs. 21-2263)..

6. Unser Antrag zum Schutz von Kindern: „Maßnahmen zur Sicherheit von Kindern auf dem Piratenspielplatz vor frei laufenden Hunden sollen geprüft und umgesetzt werden“, durchlief mehrere Bezirksversammlungen und Ausschuss-Sitzungen, fand dann aber schlußendlich doch eine Mehrheit (Drs. 21-4117).

7. Prüfauftrag Sportplatz Vielohweg / Salierweg: Realisierung eines inklusiven Sportplatzes im Bereich Vielohweg / Salierweg mit Bürgerbeteiligung (Drs. 21-4277).

8. Kleine Anfrage zum Bahnradsport in Eimsbüttel: Die sanierungsbedürftige Radrennbahn Stellingen wirft Fragen zu Kontrollen, Kosten und Zukunftsaussichten auf (Drs. 21-3358).



Teilhabe und Kultur.

1. Öffentliche Tanzflächen im Bezirk Eimsbüttel ermöglichen: Schaffung öffentlicher Tanzflächen im Freien zur Stärkung der Tanzlandschaft und Förderung der gesellschaftlichen Gesundheit im Alter (Drs. 21-4485).

2. Antrag auf Corona-Hilfen für das LOGO: Forderung nach weiteren nicht rückzahlbaren Corona-Hilfen für das LOGO, um dessen Überleben zu sichern (Drs. 21-1151).

3. Für eine Zukunft des Kulturorts Heußweg 40: Maßnahmen zur Gebäudenutzung der Villa Lupi für kulturelle oder soziale Zwecke (Drs. 21-3864).

4. Antrag zur Situation des Kulturhauses Eidelstedt: Einladung der Vermieterin Sprinkenhof zur Lösungsfindung bezüglich offener Fragen zum Mietvertrag und den Nebenkosten des Kulturhauses Eidelstedt (Drs. 21-4585).

Toiletten:
Mehrfach wurde unsere Forderung nach mehr öffentlichen Toiletten - vor allem in der Osterstraße - behandelt, wobei Fragen zur Standortwahl, Barrierefreiheit und Hygiene aufgeworfen wurden. (Drs. 21-4194, 21-2886, 21-2631)

1. Die Situation der öffentlichen Toiletten am Eimsbütteler Alsterufer. Es wird kritisiert, dass die Umgestaltung von Toiletten am Alsteranleger zu Unisex-Toiletten Ängste verstärkt statt das Sicherheitsgefühl zu verbessern. Wir fragten zur Gender-Mainstreaming-Politik und den Entscheidungsgrundlagen für den Umbau (Drs. 21-2196).

2. Die Ablehnung von Standortvorschlägen für öffentliche Toiletten im Bereich der Einkaufsstätten in der Osterstraße wird thematisiert: Wir fragten, wer die Standortvorschläge machte, wer sie abgelehnt hat und aus welchen Gründen. Zudem wird hinterfragt, warum keine weiteren Standorte in Erwägung gezogen wurden und warum der Prozess der Standortfindung beendet wurde (Drs. 21-2991).

3. Wir kritisierten die mangelhafte Ausschilderung und Eintragung der existierenden öffentlichen Toiletten im Stadtteil Eimsbüttel und weisen darauf hin, dass die meisten der vorhandenen Toiletten nicht im offiziellen Toilettenfinder der Stadt Hamburg verzeichnet sind und keine Hinweisschilder in ihrer Umgebung aufgestellt sind. Es werden Missstände bei der Kennzeichnung und den Öffnungszeiten der Toiletten beschrieben, sowie Vorschläge zur Behebung dieser Probleme gemacht (Drs. 21-4304).

4. Abschließend wurde ein Antrag gestellt, die genannten Missstände zu beheben, Hinweisschilder aufzustellen und die Standorte in den offiziellen Toilettenfindern der Stadt einzutragen.

Sondermittel:

1. Antrag für Sondermittel zur Renovierung und Modernisierung des Stadtteilkulturladens in der Margaretenstraße: Finanzielle Unterstützung für die Renovierung des Stadtteilkulturladens, um dessen Funktion als Treffpunkt für die Nachbarschaft zu erhalten (Drs. 21-0544).

2. Sondermittel für die 27. Auflage des KOTTWITZkeller Kunstfests: Finanzielle Unterstützung für die Durchführung des Kunstfests unter Berücksichtigung möglicher Einschränkungen durch die Corona-Pandemie (Drs. 21-3831).

Eimsbüttel - Insel der Hundertjährigen?

Trotz enormer Kosten des Gesundheitswesens ist Deutschland in der Lebenserwartung auf Platz 14 von 15 europäischen Ländern. Da wird wohl etwas falsch gemacht? Wir stellen das Konzept „Insel der Hundertjährigen“ in der Bezirksversammlung vor.

Aktuell werden die Deutschen krank und dann in Spezialkliniken behandelt. Es wäre eine gute Gesundheitspolitik, die Gesundheit fördert und teure Behandlungskosten vermeidet. Die Hausarzt- und Facharztversorgung sollte flächendeckend gerecht verteilt sein. Der Zugang sollte nicht durch die Art der Krankenversicherung ungleich sein.

Die Gesundheitspolitik auf der linken Seite des politischen Spektrums beschränkt sich leider oft auf die Schaffung eines umfassenden und zugänglichen Gesundheitssystems für alle Bürgerinnen und Bürger.

:

Okinawa hat sich einen Ruf als "Insel der Hundertjährigen" erworben, weil sie eine der höchsten Konzentrationen von Hundertjährigen weltweit aufweist. Es gibt sicherlich einige Aspekte der Lebensweise und der Gemeinschaft in Okinawa, von denen Eimsbüttel und andere Gemeinden lernen könnten:

Gesunde Ernährung: Die traditionelle Ernährung in Okinawa ist reich an frischem Obst, Gemüse, Fisch und magerem Fleisch. Eimsbüttel könnte die Förderung einer gesunden Ernährung und den Zugang zu frischen, hochwertigen Lebensmitteln unterstüt-

zen. Besonders wichtig ist hier die Qualität des KITA- und Schulesensens.

Aktiver Lebensstil: In Okinawa ist Bewegung ein natürlicher Bestandteil des täglichen Lebens, sei es durch traditionelle Tätigkeiten wie Gartenarbeit oder durch regelmäßige Spaziergänge. Eimsbüttel könnte die Schaffung einer bewegungsfreundlichen Umgebung fördern, indem es sichere Gehwege, Fahrradwege und Parks mit Bewegungsiseln bereitstellt, die die Bewohner dazu anregen, sich regelmäßig zu bewegen.

Gemeinschaftsleben und soziale Bindungen: Okinawa hat eine starke Tradition des Zusammenhalts und der gegenseitigen Unterstützung innerhalb der Gemeinschaft. Der geringe Unterschied zwischen Arm und Reich stärkt den Zusammenhalt. Eimsbüttel könnte das Gemeinschaftsleben weiter fördern, sei es durch Nachbarschaftsgruppen, Gemeinschaftszentren oder kulturelle Veranstaltungen und deren Finanzierung.

Stressabbau und Entspannung: Okinawa ist bekannt für seine entspannte Lebensweise und den Umgang mit Stress. Eimsbüttel könnte Programme zur Stressbewältigung und Entspannung anbieten, wie z.B. Yoga-Kurse, Meditation oder Grünflächen, die zum Verweilen und Entspannen einladen.

Gesundheitspolitik und Corona-Pandemie:

In der Gesundheitspolitik werden meist Maßnahmen als Ziele ausgegeben, sie werden abgehakt, eine Überprüfung auf nachhaltige Ergebnisse in der Gesundheit der Menschen gibt es nicht. Gesundheit zieht sich durch alle Themenbereiche.

Natürlich hat uns auch in der Bezirkspolitik die Corona-Pandemie beschäftigt. So ist es uns (und nicht den 'wirtschaftsnahen' Parteien) aufgefallen, dass Kulturbetriebe wie das Logo an der Grindelallee existentiell bedroht waren und Hilfe benötigten. Wir beantragten Corona-Hilfen für das Logo. (Drs. 21-1151)

Ja – zum Sinn und Zweck der Corona-Impfungen gab es viele Debatten. Wir waren überzeugt, dass es sinnvoll wäre, allen Impf-Willigen die Chance zu geben, eine möglichst hohe Impfquote im Bezirk schnell zu erreichen und beantragten ein regionales Impfzentrum für Eimsbüttel. (Drs. 21-1512) Hier zogen wider Erwarten die großen Fraktionen (wohl auf Anordnung aus Senatsebene) nicht mit, die sonst in Bezug auf COVID19 eher übervorsichtig agierten.

Selbstverständlich ist, dass DIE LINKE die Bedeutung einer evidenzbasierten Politik betont und darauf besteht, dass politische Entscheidungen auf den Ratschlägen der Wissenschaft basieren sollten. Es ist wichtig, dass politische Entscheidungen

im Zusammenhang mit der Bewältigung der Pandemie auf einem breiten Konsens und transparenten Entscheidungsprozessen beruhen. Die Beratungen der Regierung mit dem Expert:innen-Rat und die darauf beruhenden Entscheidungen haben sich in Teilen als nachteilig herausgestellt.



Entscheidend ist, dass vom Bundestag über die Landtage bis zur kommunalen Ebene demokratisch gewählte Organe in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Eine transparente Kommunikation über die wissenschaftlichen Grundlagen von Entscheidungen und die Auswirkungen von Maßnahmen ist wichtig, um die Legitimität der politischen Prozesse zu gewährleisten. Zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Bezirksversammlung und dem Bedarf an Transparenz während der Krisenbewältigung stellten wir Anträge (Drs. 21-0924, 21-0858)

In Deutschland gibt es 500 Gesundheitsämter, in Hamburg je Bezirk eines. Trotz der Eigenständigkeit der Gesundheitsämter gab es keine Bestrebungen, eigene Entscheidungen zu treffen. Alle Pandemie-Beschlüsse überließ man der Einheitsgemeinde, also Senat und Bürgermeister.

Früh kritisierten wir das zentrale Impfzentrum in den Messehallen (Drs. 21-1512) und forderten dezentrale Strategien. Dies hätte ermöglicht, Test- und Impfmöglichkeiten näher an die Bevölkerung heranzutragen, was insbesondere für Menschen mit begrenzter Mobilität oder aus benachteiligten Stadtgebieten wichtig gewesen wäre.

DIE LINKE-Fraktion Eimsbüttel unterstützte die Impfkation „DIE LINKE impft“, zu der wir u.a. den impfenden Arzt organisierten. Die Pandemie war ein langer Lernprozess. Sehr spät folgte man unseren Forderungen nach dezentralen Lösungen.

Es ist wichtig zu erkennen, dass sich die Pandemie-Dynamik im Laufe der Zeit verändert hat. Schnell wurden vulnerable Gruppen identifiziert. Um das Risiko schwerer Krankheitsverläufe und Überforderungen des Gesundheitssystems zu reduzieren, stellten wir die Forderung „So wenig Tote, wie möglich“. Leider hielt man an der Inzidenzrate fest, was immer wieder zu Einschränkungen persönlicher Freiheiten führte.

Ein lokales Gesundheitszentrum für Eimsbüttel ist nötig.

Wir kennen das alle: Wer krank ist, braucht ärztliche Betreuung, aber wer nicht gerade schon den Kopf unter'm Arm trägt und vom Rettungswagen eingeliefert wird, der/die muss um Termine bei den niederge-



lassenen Ärzten kämpfen - besonders, wenn in den Stadtteilen mit der weniger zahlungskräftigen Bevölkerung die Ärztedichte rapide abnimmt und in den nächsten Jahren noch rasanter abnehmen wird.

Auch die Kommunikation zwischen den Ärzt:innen könnte besser sein. Deshalb haben wir uns für ein interdisziplinäres Gesundheitszentrum in Eidelstedt stark gemacht, der Antrag dazu: „Entwicklungsstand Lokales Gesundheitszentrum für Eimsbüttel“ (Drs. 21-3489).



Frieden / Antifaschismus / Gedenken

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“
Für den Frieden eintreten - auch kommunal notwendig.

Wir sehen alle, wie rechtspopulistisches, rechtsextrêmes und faschistisches Gedankengut offenbar zunehmend auf fruchtbaren Boden fällt. Die Massendemonstrationen gegen AfD & Co. zum Jahreswechsel waren da zwar eine positive Reaktion. Es steht aber zu befürchten, dass die allgemeinen Zustimmungswerte für Weidel, Höcke und von Storch davon unbeeindruckt bleiben und weiter wachsen. Protest-Demos, schön und gut – wichtiger aber ist es, die Ursachen der Rechtsentwicklung zu analysieren, zu benennen und zu beheben. Dass unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung im allgemeinen und die Verunsicherungen der bürgerlichen Mitte durch ständige Krisen erheblich die Rechtsentwicklung befördern, ist wohl unstrittig. Als kommunalpolitische Interessenvertretung sind unsere Mittel auch hier sehr begrenzt.

Am 22.04. veranstalteten wir zum Thema „Antifaschistische Massendemos - Was nun?“ eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung.

Dennoch haben wir LINKE den anderen demokratischen Fraktionen als Minimalaktion eine gemeinsame „Eimsbütteler Erklärung gegen Rechts“ vorgeschlagen. Es sollte darum gehen, eine öffentlichkeitswirksame, gemeinsame Abgrenzung der demokratischen Fraktionen gegen

die AfD zu vereinbaren und auch Abstimmungsmehrheiten durch Zustimmung der AfD zu verhindern. Zusätzlich haben wir vorgeschlagen, jeden zukünftigen Antrag mit einer Standard-Klausel zu versehen, den die AfD aus ihrem Selbstverständnis heraus nicht unterschreiben kann. An der Überwindung der Hürden für einen interfraktionellen Beschluss arbeiten wir noch. Wir bleiben dran.



Die noch lebenden Zeitzeug:innen aus der dunkelsten Zeit unserer Geschichte werden immer weniger. Zeitgleich erleben wir ein jahrzehntelang ungeahntes, neues Erstarren des Rechtspopulismus und des Faschismus. Umso wichtiger wurde es uns, mehr Gedenkorte im ganzen Bezirk zu schaffen.

So regten wir z.B. an, die Felix-Dahn-Straße in Steffi-Wittenberg-Straße umzubenennen. Der interfraktionelle Antrag (Drs. 21-0724) dazu wurde gegen den Widerstand der Rechten

und einiger Rechtsausleger einer „christlichen“ Partei beschlossen.

Straßen-Umbenennungen sind allerdings extrem langfristige Projekte, die über Jahre hinweg geplant und verfolgt werden müssen. So wird uns auch die Umbenennung der „Sedanstraße“ in „Ludwig-Baumann-Straße“ (Antrag) noch lange begleiten. Diese Umbenennung lag besonders unserem unerwartet verstorbenen Freund Ralf Peters sehr am Herzen.

Zum Antikriegstag am 01.09.2020 beantragten wir, die Bezirksversammlung Eimsbüttel möge den Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft vom 12. Februar 2020 begrüßen, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ("ICAN-Städteappell") zu unterstützen, sowie Bürgerschaft und Senat aufzufordern, sich mehr z.B. in den 'Mayors for Peace' zu engagieren (Drs. 21-1185). Die anderen Fraktionen sahen leider nicht die Notwendigkeit, sich wesentlich mehr für den Frieden zu engagieren. Wer sich in der Welt umschaute, weiß: Das ist 'Vogel-Strauß-Politik'.

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Dieser Tag wird weltweit als Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus und der Barbarei des Zweiten Weltkriegs gefeiert. 2023 wurde er in Hamburg erstmalig als offizieller Gedenktag begangen. Die Bezirksversammlung folgte unserem Antrag, die Bezirksamtsleitung zu bitten, das Bezirksamt Eimsbüttel zu diesem Anlass mit dem Friedens-

tauben-Motiv Picassos zu beflaggen. Dieses von den üblichen Landes- und Staats-Flaggen abweichende Motiv hätte vielleicht dem einen oder der anderen Betrachter:in auf dieses besondere Datum aufmerksam gemacht. Die im Paragraphen-Dschungel der Hamburger Beflaggungsregeln sattelfeste Senatsverwaltung lehnte es aber ab, die einheitliche (und damit aussagegelose) Beflaggung aller Dienstgebäude zu ergänzen (Drs. 21-3751).

Wir beantragten auch eine Gedenktafel am Haus Emiliestraße 30 zu Ehren von Magda und Paul Thürey. (Drs. 21-1537)



Nach dem mehrheitlichen Beschluss der Bezirksversammlung benötigte die Realisierung noch 2 offizielle schriftliche Anfragen über den Stand der Realisierung und diverse Erinnerungstelefonate mit dem Amt „Management des öffentlichen Raumes“. Aber jetzt ist sie angebracht.

Selbst die Realisierung von Gedenktafeln ist mit der Eimsbütteler Verwaltung ein mühsames Unterfangen. In der Hoffnung, dass die nächste Gedenktafel schneller realisiert wird, beantragten wir auch eine für die mutigen antifaschistischen Frauen am Luruper Weg (Drs. 21-4601) und eine zum Gedenken an Carl von Ossietzky an der Grindelallee 1.

Bevor diese Gedenktafeln hängen, werden wir noch einige 'Erinnerungsarbeit' bei der Bezirksverwaltung leisten müssen.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes kritisiert Deutschland wegen der andauernden Rekrutierung Minderjähriger völlig zu Recht scharf. Auch in Eimsbüttel werden regelmäßig die Kontaktdaten Minderjähriger an die Bundeswehr zu Werbezwecken gemeldet. Wie genau die Praxis des Bezirksamtes bezüglich der Weitergabe personenbezogener Daten an die Bundeswehr aussieht, wollten wir mit einer Anfrage erläutern bekommen (Drs. 21-3681).

Gedenkarbeit ist mehr als Gedenktafeln aufstellen und Geburtstage berühmter Persönlichkeiten öffentlich begehen.

Im Rahmen des bekannten 'Monat des Gedenkens Eimsbüttel' engagieren sich jedes Jahr viele Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen zur Erinnerung an das Grauen der Nazizeit.

Auch die Linksfraktion Eimsbüttel ist



jedes Jahr mit eigenen Veranstaltungen dabei.

In 2024 zeigten wir bei freiem Eintritt und großer Nachfrage den bekannten Film „The Zone of Interest“.

Um das Überleben der Initiative „Eimsbütteler Monat des Gedenkens“ überhaupt langfristig zu sichern – auch hier werden die bisherigen Haupt-Organisator:innen um unsere liebe Freundin Helga Obens herum nicht jünger – initiierten wir Ende 2023 den Bezirksversammlungs-Beschluss, die jährliche, finanzielle Unterstützung durch den Bezirk Eimsbüttel entschieden zu erweitern (Drs. 21-4314).

»Wer seine Geschichte vergisst, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen«.



Mehr Demokratie für 275 Tsd. Eimsbütteler:innen

Demokratie im Bezirk

Wäre der Bezirk Eimsbüttel eine selbstständige Kommune, belegte er im Ranking der Großstädte Deutschlands Platz 31 zwischen Mannheim, Kiel und Kassel.

Dennoch hat Eimsbüttel weniger in den eigenen Angelegenheiten zu sagen als jede Kleinstgemeinde.

Tatsächlich sind die sieben Hamburger Bezirksversammlungen seit dem aus der Nazizeit stammenden Hamburger Einheitsgesetz nur Verwaltungsorgane. Offizielle Aufgabe ist die Kontrolle des Bezirksamtes. Tatsächlich kontrolliert die Bezirksamtsleitung die Bezirksversammlung und wenn z.B. der Stadtplanungs-Ausschuss mehr Einfluss auf die Prioritäten des Fachamtes für Stadtplanung möchte, zeigt dieses sehr deutlich, wer am längeren Hebel sitzt.

Von dieser Verkehrung zwischen Anspruch und Wirklichkeit können wir in dieser 21. Amtsperiode ein Lied singen. Demokratie à la Einheitsgemeinde Hamburg geht so: Bezirksversammlungen dürfen Beschlüsse fassen. Aber wenn diese der Verwaltung oder dem Senat nicht passen, entscheidet ein:e Beamt:in oder eine Senatorin für Bezirksangelegenheiten - wie im Fall Roncalli/Moorweide gehabt - schnell einmal selbst gegen die Überzeugung der eigenen Bezirksfraktion.

In dieser Amtsperiode gab es zahlreiche Beanstandungen von Beschlüssen der Bezirksversammlung durch das Bezirksamt. Das Bezirksamt sah Anträge oder Beschlüsse als rechtswidrig an und setzte sie außer Vollzug. Darunter mehrere Anträge von uns.

Nach dem Zusammenbruch der bezirklichen schwarz-grünen Koalition zu Anfang der Amtsperiode gab es die Konstellation, dass Mehrheitsverhältnisse zwischen den Fraktionen in der Bezirksversammlung in der Sitzverteilung der Ausschüsse nicht korrekt abgebildet werden. Das heißt, ein Antrag könnte im Ausschuss beschlossen und in der Bezirksversammlung abgelehnt werden und andersherum.

Durch eine Norm im Bezirksverwaltungsgesetz hätten die Ausschüsse vergrößert werden können, um die Mehrheiten korrekt abzubilden. Unser entsprechender Antrag wurde von der Bezirksversammlung beschlossen und nach zwei Wochen mit einer kruden Argumentation von der Bezirksamtsleitung beanstandet und damit „beerdigt“ (Drs. 21-2814).

Daraufhin wurde der Senat zur Entscheidung über den Antrag angerufen. Nach zwei Jahren warten wir immer noch auf eine Entscheidung.

Das Bezirksverwaltungsgesetz sieht keine Frist für die Entscheidung vor. Vermutlich warten wir bis nach der Amtsperiode.

Im Englischen gibt es die Maxime „Justice delayed is justice denied“. Treffender kann man dieses Verhalten der Verwaltung und des Senats kaum beschreiben.



In anderer Sache beschloss die Bezirksversammlung Eimsbüttel, dass an den Grindelhöfen ein Bebauungsplan aufgestellt werden sollte. Damit sollte eine Grünfläche auf einem Hinterhof gesichert werden.

Für uns war ein weiteres Motiv, das geplante Projekt für den Investor maximal unattraktiv zu machen, da der Investor mit der Entmietung eines betroffenen Gebäudes im Internet warb.

Im Dezember 2022 beschloss die Bezirksversammlung die Aufstellung

eines entsprechenden Bebauungsplans. Der Beschluss wurde von der Amtsleitung beanstandet.

Jedoch machte hier die Bezirksversammlung von der Möglichkeit der Heilung des Antrags Gebrauch und beschloss einen Monat später, dass die Bezirksverwaltung mit der Aufstellung eines Bebauungsplan starten solle (Drs. 21-3522, 21-3465).

Geschehen ist wenig. Die Anträge gingen auch zum Senat. Für uns wirkte schon die Beanstandung willkürlich. Denn - nicht oft, aber immer wieder - verabschiedet die Bezirksversammlung Aufstellungsbeschlüsse für Bebauungspläne, die nicht beanstandet wurden. In Eimsbüttel geschah das zuletzt beim Eisenbahnnerviertel in Eidelstedt. Der Antrag wurde damals nicht beanstandet, wie eine kleine Anfrage von uns zeigte (Drs. 21-3707).

Dennoch folgte der Senat dem Bezirksamt. In der Folge können Bezirksversammlungen kaum noch in die Bauplanung eingreifen.

Eigentlich bleibt nur noch die Möglichkeit unliebsame Verfahren zu verzögern oder vorübergehend zu stoppen. Positiv gestalten kann die Bezirksversammlung nicht mehr.

Das zeigte sich einmal mehr mit der Beanstandung des Antrags für „Mehr Beteiligung bei Verfahren der Bauleitplanung sicherstellen“, den wir unterstützten. Hier sollte mehr Beteiligung der Bezirksversammlung in der

Bauleitplanung geschaffen werden. Das hat das Bezirksamt nicht gerne gesehen und den Antrag im Oktober 2022 beanstandet. Auf eine Entscheidung des Senates warten wir auch hier noch (Drs. 21-3278)..

Verzögerungstaktik ist auch das Stichwort bei der letzten Beanstandung der Amtsperiode:

In Schnelsen soll ein neuer Recyclinghof entstehen und die Mitglieder der Bezirksversammlung hatten fraktionsübergreifend noch viele Fragen. Daher wurde einstimmig beschlossen, erst dann über den Bauantrag zu entscheiden, wenn diese Fragen ausgeräumt wurden. Das Bezirksamt beanstandete auch diesen Beschluss und der Senat gab später dem Amt recht.

Das ist kommunale Demokratie in Hamburg?

Damit noch nicht genug. Denn es gibt Beschlüsse der Bezirksversammlung die nicht einmal formal beanstandet und nicht umgesetzt werden. Nein, es gibt auch Beschlüsse die schlichtweg ignoriert oder einfach so nicht umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind Anträge für Tempo30 vor Schulen, die von der unteren Verkehrsbehörde nicht umgesetzt werden oder unser Antrag zur Lärmschutzwand im Rosa-Luxemburg Garten, den die Bezirksverwaltung für „nicht nötig“ oder unsinnig erklärt und damit beerdigt hatte.

Kurios war auch die Evokation (Ansichziehen) der Roncalli-Angelegenheit durch den Senat - ausgelöst durch Lobbyismus des Zirkus Roncalli. Die Bezirksversammlung wollte dem Zirkus aus guten Gründen keine weitere Spielzeit auf der großen Moorweide ermöglichen. Hintergrund der Entscheidung war insbesondere, dass mit der weiteren Vergabe einer Spielzeit an Roncalli auf der Moorweide Mitbewerber oder andere Anbieter auch Anspruch auf eine Sondernutzung der Moorweide haben könnten. Da die Moorweide aber eine Erholungsfläche bleiben und keine Eventfläche werden soll, beschloss die Bezirksversammlung, keine Sondernutzung der Moorweide zu genehmigen. Im Senat kam das nicht gut an. Die Entscheidung über die Nutzung wurde vom Senat evoziert und die Senatorin für Bezirksangelegenheiten beschloss gegen ihre eigene GRÜNE Bezirksfraktion und die Mehrheit in der Bezirksversammlung, eine weitere Spielzeit zu ermöglichen. Ob nun weitere Event-Anbieter einen Anspruch auf die Nutzung der Moorweide haben, bleibt bisher ungeklärt.

Wir meinen: Solche Knebelungen und Gängelungen demokratisch gewählter Interessenvertreter:innen sind politisch in höchstem Maße destruktiv für die Identifikation der Bürger:innen mit ihrer Republik.

Wir denken: Demokratie geht anders.

Demokratie im Bezirk

Eimsbüttel solidarisch - das heißt?

Es gibt in der Bezirksversammlung Eimsbüttel tatsächlich Liberale, die das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland für austariert zwischen Macht der Unternehmen und der Lohnabhängigen halten.

Selbstredend sehen wir das als Linksfraktion anders.

In einem sind sich alle bürgerlichen

Parteien einig: Sich durch Solidaritätsbekundungen nicht in Arbeitskämpfe einzumischen. Glücklicherweise hat der Solidaritätsantrag zum Tierpark Hagenbeck bei den Elbkindern oder bei Neupack geteilt und wurde mehrheitlich von der Bezirksversammlung verabschiedet (Drs. 21-3258, 21-4139).



Demokratie im Bezirk

Das ganze Land schaute während Corona auf die Situation in den Intensivstationen, wo Pfleger:innen und Ärzt:innen für uns alle einen Kampf gegen das Corona-Virus ausfochten. Romana Knezevic, Betriebsrätin bei ASKLEPIOS, und Sprecherin der Vereinigung Krankenhausbewegung, berichtete in einem Interview des NDR Hamburg Journal, unter welcher be-

Motto "Hamburg steht auf - gegen Rechtsextremismus und neonazistische Netzwerke" Zehntausende Hamburger:innen zusammenfanden, sondern auch, dass die Eimsbütteler Zivilgesellschaft sich zunehmend gegen Rassismus engagiert.

Wir beteiligten uns als Fraktion sowohl an der Auftaktveranstaltung



sorgniserregenden Bedingungen die Behandlung der Patient:innen in Hamburger Krankenhäusern leide. Der ASKLEPIOS-Konzern reagierte völlig unverhältnismäßig und sprach eine Kündigung gegen die gewählte Betriebsrätin aus. Wir beteiligten uns am Antrag „Echte Solidarität in Eimsbüttel während der Corona-Pandemie, Unterstützung für Romana Knezevic. CDU, GRÜNE und FDP stimmten dagegen (Drs. 21-1665).

Sehr erfreulich finden wir nicht nur, dass sich im Januar 2024 unter dem

als auch mit einer eigenen Aktion, dem Fußballturnier für große und kleine Kinder: „Love Football - Hate Racism“.



8. März zum Feiertag



Wir wissen, dass Frauen in unserer Gesellschaft noch weit von wirklicher Gleichberechtigung und den gleichen Lebensbedingungen wie Männer entfernt sind.

Vom Kinderkriegen über die Kindererziehung und -Betreuung über die Care-Arbeit, die allgemein eher von Frauen erwartet wird, über geringere Karriere-Chancen bis hin nicht zuletzt zum sog. „Gender-Pay-Gap“ (schlechtere Bezahlung bei gleicher Qualifikation für vergleichbare berufliche Tätigkeiten) – die hier unvollständige Reihe der Benachteiligungen von Frauen ist lang.

Um uns alle immer wieder daran zu erinnern, aber auch um in dieser Frage aktiven Menschen regelmäßig wenigstens einmal im Jahr einen Tag zu verschaffen, an dem die Öffentlichkeit daran erinnert wird – darum gibt es die Bewegung „Den 8. März zum Feiertag“.

Seit 2023 stellen wir als Linksfraktion im Februar einen Antrag, die Bezirksversammlung möge den Senat dazu auffordern, den 8. März auch in Hamburg zum Feiertag zu machen (Drs. 21-4518).

So genannte „Frauentaxis“ gibt es bereits in vielen Großstädten wie Frankfurt, Hannover oder auch Stuttgart. Das „Frauentaxi“ bringt Frauen in der Nacht- und Abendzeit zur nächsten ÖPNV-Haltestelle oder von der Haltestelle nach Hause. Meist erhalten Frauen einen Rabatt auf den

Fahrtpreis oder es wird mit einem Festpreis ohne Kilometerzähler abgerechnet, sodass mehr Frauen unabhängig von ihrem Einkommen dieses Angebot nutzen können. Wir beteiligten uns an einem Antrag, der solch ein Angebot auch in Eimsbüttel verfügbar machen will (Drs. 21-3929, 21-3888).

Die Sprachforschung zeigt, dass das grammatische Geschlecht sehr wohl einen Einfluss darauf hat, was für Bilder und Vorstellungen erzeugt werden. Wenn es um Personen geht, ist inzwischen recht gut belegt, dass wir bei Formulierungen wie "die Lehrer" tatsächlich eher Männer vor Augen haben als bei "Lehrerinnen und Lehrer".

Umgekehrt ist es auch ein bisschen Wunschdenken zu glauben, dass man beim Lesen oder Hören eines Gendersternchens sofort an Menschen jeglicher geschlechtlicher Ausprägung denkt.

Aber es muss ja gar nicht auf Teufel komm 'raus gegendert werden, sondern manchmal reicht es ja auch einfach nur etwas anders zu formulieren.

Wir beantragten jedenfalls erfolgreich, die „Bürgerfragestunde“ in der Bezirksversammlung durch „Fragestunde in der Bezirksversammlung“ umzubenennen (Drs. 21-2078).

Fraktion

Sie brauchen keinen krummen Rücken
vor Vorgesetzten sich zu bücken.
Sie sagen nicht zu allem ja
und stehen damit anders da,
als es demjenigen ergeht,
der dienlich stets der Autorität.
Zwar DIN-Norm hat mithin das Rad,
doch Fahrer selbst kein Dien-Format.
Und selbstverständlich ist vonnöten
nur auf dem Rad: Nach-unten-Treten.
Radler tritt Pedale nur
und keine and're Kreatur

Ralf Peters



Er war uns ein guter, verlässlicher
Freund, Genosse seit Gründung der
Partei, unermüdlich für den Frieden
engagiert und immer da, wenn helfende
Hände, ein Apfelkuchen oder politische
Gedichte gebraucht wurden.
Er fehlt uns.



DIE LINKE.Fraktion in der
Bezirksversammlung Eimsbüttel
Kieler Straße 689
Rotes Hinterhaus
22527 Hamburg

Telefon: 040 / 3022 7177
Mail: fraktion@
linksfraktion-eimsbuettel.de

v.i.S.d.P.: Roland Wiegmann,
Fraktions-Geschäftsführer

Bildrechte,;alle Bilder:
DIE LINKE. Fraktion in der
Bezirksversammlung Eimsbüttel
(KI-generiert).

Dieses Material darf nicht zu
Wahlkampfzwecken verwendet
werden.

Mehr Informationen zu
unseren Initiativen:
[www.linksfraktion-
eimsbuettel.de](http://www.linksfraktion-eimsbuettel.de)



BEI LEERSTAND, VERFALL ODER SPEKULATION!
FRAGEN SIE IHRE LINKSFRAKTION!

Die Linke

Roland Wiegmann **Mikey Kleinert** **Manuela Pagels**

Lasso Kopetsch **Peter Gutzeit**

Fraktion Eimsbüttel

Fraktion

DIE LINKE. Fraktion
Eimsbüttel 2019 - 2024